

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes

zu dem Zusatzabkommen vom 28. September 1989 zur Änderung des Abkommens vom 21. Juli 1959 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuern und der Grundsteuern in der Fassung des Revisionsprotokolls vom 9. Juni 1969

A. Zielsetzung

Mit Frankreich besteht ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe vom 21. Juli 1959, zuletzt geändert durch das Revisionsprotokoll vom 9. Juni 1969. Das Abkommen entspricht in einigen wichtigen Punkten nicht mehr dem gegenwärtigen Stand der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen und dem Steuerrecht beider Staaten. So entspricht die bei der Besteuerung der sog. Grenzgänger zu beachtende Grenzzone von 20 km beiderseits der Grenze nicht mehr den heutigen Gegebenheiten und ist daher an die veränderten Verhältnisse anzupassen. Gewinnausschüttungen deutscher Tochtergesellschaften an ihre französischen Muttergesellschaften unterliegen der deutschen Kapitalertragsteuer in Höhe von 25 v. H. Dieser Satz ist im Hinblick auf die Änderung des Körperschaftsteuertarifs durch das Steuerreformgesetz 1990 nicht mehr als angemessen anzusehen. Aus wirtschafts- und steuerpolitischen Gründen ist daher eine Herabsetzung geboten.

B. Lösung

Das Zusatzabkommen vom 28. September 1989 bringt die erforderlichen Anpassungen, indem es die Grenzzone erweitert. Bei der Dividendenbesteuerung wird der Satz der deutschen Kapitalertragsteuer bei Ausschüttungen deutscher Tochtergesellschaften an ihre französischen Muttergesellschaften ab 1. Januar 1990 auf 10 und ab

1. Januar 1992 auf 5 v. H. gesenkt. Mit dem vorliegenden Vertragsgesetz soll das Zusatzabkommen die für die Notifikation erforderliche Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften erlangen.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Das Zusatzabkommen führt bei der Einkommensteuer (Lohnsteuer) ab 1990 zu jährlichen Mindereinnahmen von ca. 15 Mio. DM, bei der Körperschaftsteuer (Kapitalertragsteuer) zu Mindereinnahmen von jeweils 45 Mio. DM in den Jahren 1990 und 1991 und von jährlich 65 Mio. DM ab 1992.

Bundesrepublik Deutschland

Der Bundeskanzler

121 (43) – 521 04 – Do 74/90

Bonn, den 28. Februar 1990

An den
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Zusatzabkommen vom 28. September 1989 zur Änderung des Abkommens vom 21. Juli 1959 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuern und der Grundsteuern in der Fassung des Revisionsprotokolls vom 9. Juni 1969 mit Begründung, Anlage und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist der Bundesminister der Finanzen.

Der Bundesrat hat in seiner 609. Sitzung am 16. Februar 1990 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Kohl

Entwurf

Gesetz

**zu dem Zusatzabkommen vom 28. September 1989
zur Änderung des Abkommens vom 21. Juli 1959
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Französischen Republik
zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen
und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe
auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen
sowie der Gewerbesteuern und der Grundsteuern
in der Fassung des Revisionsprotokolls vom 9. Juni 1969**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 28. September 1989 unterzeichneten Zusatzabkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik zur Änderung des Abkommens vom 21. Juli 1959 zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuern und der Grundsteuern (BGBl. 1961 II S. 397) in der durch das Revisionsprotokoll vom 9. Juni 1969 geänderten Fassung (BGBl. 1970 II S. 717) wird zugestimmt. Das Zusatzabkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Soweit das Zusatzabkommen aufgrund seines Artikels 10 Abs. 3 für die Zeit vor seinem Inkrafttreten anzuwenden ist, sind bereits ergangene Steuerfestsetzungen zu ändern oder aufzuheben. Steuerfestsetzungen sowie ihre Aufhe-

bung und Änderung sind insoweit auch zulässig, wenn die Festsetzungsfrist abgelaufen ist; dies gilt nur bis zum Ablauf des vierten Kalenderjahrs, das auf das Kalenderjahr folgt, in dem das Zusatzabkommen in Kraft getreten ist. Soweit sich bis zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Zusatzabkommens unter Berücksichtigung der jeweiligen Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich insgesamt eine höhere Belastung ergibt, als sie nach den Rechtsvorschriften vor Inkrafttreten des Zusatzabkommens bestand, wird der Steuermehrbetrag nicht festgesetzt.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Zusatzabkommen nach seinem Artikel 10 Abs. 1 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz**Zu Artikel 1**

Auf das Zusatzabkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, da das Aufkommen aus den vom Zusatzabkommen betroffenen Steuern gemäß Artikel 106 des Grundgesetzes ganz oder zum Teil den Ländern oder den Gemeinden zusteht.

Zu Artikel 2

Das Zusatzabkommen wird nach seinem Artikel 10 Abs. 3 ab 1. Januar 1990 anzuwenden sein. Durch Artikel 2 ist

sichergestellt, daß die Anwendung des Zusatzabkommens ab 1. Januar 1990 weder durch bereits ergangene Steuerfestsetzungen noch durch den Ablauf von Verjährungsfristen eingeschränkt ist.

Soweit sich durch die rückwirkende Anwendung des Zusatzabkommens in besonders gelagerten Einzelfällen eine höhere Gesamtbelastung an deutschen und französischen Steuern ergeben sollte als nach dem bisherigen Rechtszustand, schließt Satz 3 des Artikels eine rückwirkende Verschlechterung für den Steuerpflichtigen aus. Die Regelung besagt, daß in solchen Fällen eine etwaige deutsche Mehrsteuer nur festgesetzt wird, soweit ihr eine Entlastung an französischen Steuern gegenübersteht.

Zu Artikel 3

Das Zusatzabkommen soll auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Zusatzabkommen nach seinem Artikel 10 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Durch das Zusatzabkommen verzichtet die Bundesrepublik Deutschland zur Beseitigung der Doppelbesteuerung auf Steuern, die dem Bund, den Ländern oder den Gemeinden zustehen. Bei der Einkommensteuer (Lohnsteuer) sind ab 1990 Mindereinnahmen in Höhe von jährlich ca. 15 Mio. DM zu erwarten. Die Mindereinnahmen an Körperschaftsteuer (Kapitalertragsteuer) belaufen sich für die Jahre 1990 und 1991 auf jeweils ca. 45 Mio. DM und ab 1992 auf jährlich ca. 65 Mio. DM.

Auswirkungen des Zusatzabkommens auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

**Zusatzabkommen
zum Abkommen vom 21. Juli 1959
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Französischen Republik
zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen
und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe
auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen
sowie der Gewerbesteuer und der Grundsteuern
in der Fassung des Revisionsprotokolls vom 9. Juni 1969**

**Avenant à la Convention
entre la République fédérale d'Allemagne
et la République française
en vue d'éviter les doubles impositions
et d'établir des règles d'assistance administrative
et juridique réciproque en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune,
ainsi qu'en matière de contributions des patentes
et de contributions foncières, du 21 juillet 1959,
modifiée par l'Avenant du 9 juin 1969**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Französischen Republik –

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
et
le Gouvernement de la République française,

in dem Wunsch, das Abkommen vom 21. Juli 1959 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuer und der Grundsteuer in der Fassung des Revisionsprotokolls vom 9. Juni 1969, im folgenden als „Abkommen“ bezeichnet, zu ändern –

désireux de modifier la Convention entre la République fédérale d'Allemagne et la République française en vue d'éviter les doubles impositions et d'établir des règles d'assistance administrative et juridique réciproque en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune, ainsi qu'en matière de contributions des patentes et de contributions foncières, du 21 juillet 1959, modifiée par l'Avenant du 9 juin 1969, ci-après dénommée «la Convention»,

haben folgendes vereinbart:

sont convenus des dispositions suivantes:

Artikel 1

In Artikel 1 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe g des Abkommens werden die Worte „l'impôt spécial sur la plus-value de réévaluation provenant des emprunts (Sondersteuer vom Mehrwert von Anleihen)“ gestrichen und durch folgende Worte ersetzt:

„l'impôt de solidarité sur la fortune (Solidaritätsteuer vom Vermögen)“.

Article 1

Au paragraphe (2) 1. g) de l'article premier de la Convention, les mots «L'impôt spécial sur la plus-value de réévaluation provenant des emprunts» sont supprimés et remplacés par les mots suivants:

«L'impôt de solidarité sur la fortune».

Artikel 2

1. Artikel 9 Absätze 4, 5 und 6 des Abkommens werden aufgehoben und durch folgende Bestimmungen ersetzt:

„(4) Dividenden, die eine in Frankreich ansässige Kapitalgesellschaft an eine in der Bundesrepublik ansässige Kapitalgesellschaft zahlt, der mindestens 10 vom Hundert des Gesellschaftskapitals der erstgenannten Gesellschaft gehören, können abweichend von den Absätzen 2 und 3 in Frankreich nicht besteuert werden. Diese Dividenden berechtigen nicht zu einer Steuergutschrift. Die bei der Zahlung dieser Dividenden gegebenenfalls erhobene Vorsteuer (précompte) wird der in der Bundesrepublik ansässigen Gesellschaft erstattet.

(5) Werden die Dividenden von einer in der Bundesrepublik ansässigen Kapitalgesellschaft an eine in Frankreich ansässige Kapitalgesellschaft gezahlt, der mindestens 10 vom Hun-

Article 2

1. Les paragraphes (4), (5) et (6) de l'article 9 de la Convention sont abrogés et remplacés par les dispositions suivantes:

«(4) Par dérogation aux paragraphes (2) et (3), les dividendes payés par une société de capitaux qui est un résident de France à une société de capitaux qui est un résident de la République fédérale et qui détient au moins 10 % du capital social de la première société ne peuvent pas être imposés en France. Ces dividendes n'ouvrent pas droit à un avoir fiscal. Le précompte éventuellement prélevé lors du versement de ces dividendes est remboursé à cette société de la République fédérale.

(5) Par dérogation au paragraphe (2), lorsque les dividendes sont payés par une société de capitaux qui est un résident de la République fédérale à une société de capitaux

dert des Kapitals der erstgenannten Gesellschaft gehören, so darf abweichend von Absatz 2 die in der Bundesrepublik im Abzugsweg (an der Quelle) erhobene Steuer nicht übersteigen:

- 10 vom Hundert des Bruttobetrags der ab 1. Januar 1990 bis 31. Dezember 1991 gezahlten Dividenden;
- 5 vom Hundert des Bruttobetrags der ab 1. Januar 1992 gezahlten Dividenden.

(6) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genußrechten oder Genußscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten – ausgenommen Forderungen – mit Gewinnbeteiligung. Ungeachtet der anderen Bestimmungen dieses Abkommens gelten für die Zwecke der Absätze 2 bis 5 auch die folgenden Einkünfte als Dividenden:

- a) Einkünfte, die nach dem Steuerrecht des Vertragsstaats, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, wie Ausschüttungen behandelt werden; und
- b) in der Bundesrepublik Deutschland

Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter,

Einkünfte aus partiarischen Darlehen oder Gewinnobligationen und ähnliche gewinnabhängige Vergütungen sowie Ausschüttungen auf Anteilscheine an einem Investmentvermögen.“

2. Artikel 9 des Abkommens wird wie folgt ergänzt:

„(9) Die unter Absatz 6 fallenden Einkünfte aus Rechten oder Anteilen mit Gewinnbeteiligung (einschließlich der Genußrechte oder Genußscheine und im Fall der Bundesrepublik der Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter und der Einkünfte aus partiarischen Darlehen und Gewinnobligationen), die bei der Ermittlung des Gewinns des Schuldners abzugsfähig sind, können in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden.“

Artikel 3

1. Artikel 13 Absätze 4 und 5 des Abkommens werden aufgehoben und durch folgende Bestimmungen ersetzt:

„(4) Ungeachtet des Absatzes 1 können Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

1. der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Steuerjahrs aufhält und
2. die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und
3. die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(5) a) Abweichend von den Absätzen 1, 3 und 4 können Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit von Personen, die im Grenzgebiet eines Vertragsstaats arbeiten und ihre ständige Wohnstätte, zu der sie in der Regel jeden Tag zurückkehren, im Grenzgebiet des anderen Vertragsstaats haben, nur in diesem anderen Staat besteuert werden;

b) das Grenzgebiet jedes Vertragsstaats umfaßt die Gemeinden, deren Gebiet ganz oder teilweise höchstens 20 km von der Grenze entfernt liegt;

c) die Regelung nach Buchstabe a gilt auch für alle Personen, die ihre ständige Wohnstätte in den französischen Grenzdepartements haben und in deutschen Gemeinden

qui est un résident de France et qui détient au moins 10 % du capital de la première société, l'impôt prélevé à la source dans la République fédérale ne peut excéder:

- 10 % du montant brut des dividendes mis en paiement à compter du 1^{er} janvier 1990 jusqu'au 31 décembre 1991;
- 5 % du montant brut des dividendes mis en paiement à compter du 1^{er} janvier 1992.

(6) Le terme «dividendes» employé dans le présent article désigne les revenus provenant d'actions, actions ou droits de jouissance, parts de mine, parts de fondateur ou autres parts bénéficiaires à l'exception des créances. Nonobstant toute autre disposition de la présente Convention, sont également considérés comme dividendes aux fins des paragraphes (2) à (5)

- a) les revenus soumis au régime des distributions par la législation fiscale de l'Etat contractant dont la société distributrice est un résident; et
- b) en République fédérale:

les revenus qu'un «stiller Gesellschafter» tire de sa participation comme tel,

les revenus provenant de «partiarische Darlehen», de «Gewinnobligationen» et les rémunérations similaires liées aux bénéfices ainsi que les distributions afférentes à des parts dans un fonds d'investissement.»

2. L'article 9 de la Convention est complété comme suit:

«(9) Les revenus visés au paragraphe (6), provenant de droits ou parts bénéficiaires participant aux bénéfices (y compris les actions ou droits de jouissance et, dans le cas de la République fédérale d'Allemagne, les revenus qu'un «stiller Gesellschafter» tire de sa participation comme tel, ou d'un «partiarisches Darlehen» et de «Gewinnobligationen»), qui sont déductibles pour la détermination des bénéfices du débiteur sont imposables dans l'Etat contractant d'où ils proviennent, selon la législation de cet Etat.»

Article 3

1. Les paragraphes (4) et (5) de l'article 13 de la Convention sont abrogés et remplacés par les dispositions suivantes:

«(4) Nonobstant les dispositions du paragraphe (1), les rémunérations qu'un résident d'un Etat contractant reçoit au titre d'un emploi salarié exercé dans l'autre Etat contractant ne sont imposables que dans le premier Etat si:

1. le bénéficiaire séjourne dans l'autre Etat pendant une période ou des périodes n'excédant pas au total 183 jours au cours de l'année fiscale considérée, et
2. les rémunérations sont payées par un employeur ou pour le compte d'un employeur qui n'est pas un résident de l'autre Etat, et
3. la charge des rémunérations n'est pas supportée par un établissement stable ou une installation permanente que l'employeur a dans l'autre Etat.

(5) a) Par dérogation aux paragraphes (1), (3) et (4), les revenus provenant du travail dépendant de personnes qui travaillent dans la zone frontalière d'un Etat contractant et qui ont leur foyer d'habitation permanent dans la zone frontalière de l'autre Etat contractant où elles rentrent normalement chaque jour ne sont imposables que dans cet autre Etat;

b) la zone frontalière de chaque Etat contractant comprend les communes dont tout ou partie du territoire est situé à une distance de la frontière n'excédant pas 20 km;

c) le régime prévu au a) est également applicable à l'ensemble des personnes qui ont leur foyer d'habitation permanent dans les départements français limitrophes de la

arbeiten, deren Gebiet ganz oder teilweise höchstens 30 km von der Grenze entfernt liegt.“

2. Artikel 13 Absatz 6 des Abkommens wird Absatz 8; es werden zwei neue Absätze 6 und 7 eingefügt, die folgenden Wortlaut haben:

„(6) Ungeachtet der Absätze 1 bis 4 können Vergütungen, die ein in einem Vertragsstaat ansässiger Arbeitnehmer auf Grund einer unselbständigen Arbeit erhält, die er im anderen Vertragsstaat im Rahmen eines Vertrags mit einem Arbeitnehmerverleiher ausübt, im anderen Staat besteuert werden. Diese Vergütungen können auch in dem Staat besteuert werden, in dem der Arbeitnehmer ansässig ist. Die Vertragsstaaten können die Zahlung der auf diese Vergütungen entfallenden Steuer nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts vom Verleiher oder vom Entleiher verlangen oder sie dafür haftbar machen.

(7) Im Sinne dieses Artikels umfaßt der Ausdruck „unselbständige Arbeit“ insbesondere die in einer der Körperschaftsteuer unterliegenden Gesellschaft ausgeübten Leitungs- und Geschäftsführungsaufgaben.“

Artikel 4

Artikel 19 des Abkommens wird aufgehoben und durch folgende Bestimmungen ersetzt:

„Artikel 19

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 3, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, kann im anderen Staat besteuert werden.

(2) Aktien oder Anteile an einer Gesellschaft oder einer juristischen Person, deren Betriebsvermögen im wesentlichen aus unbeweglichem Vermögen, das in einem der Vertragsstaaten liegt, oder aus Rechten an diesem Vermögen besteht, können in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem das unbewegliche Vermögen liegt. Für die Zwecke dieser Bestimmung bleibt das unbewegliche Vermögen außer Betracht, das von der Gesellschaft oder der juristischen Person für ihren eigenen gewerblichen oder landwirtschaftlichen Betrieb oder zur Ausübung einer nichtgewerblichen Tätigkeit eingesetzt wird.

(3) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer ständigen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, kann im anderen Staat besteuert werden.

(4) Seeschiffe und Luftfahrzeuge, die im internationalen Verkehr betrieben werden, und Schiffe, die der Binnenschifffahrt dienen, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe und Luftfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(5) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden.

(6) Ungeachtet der vorstehenden Absätze wird im Fall einer in Frankreich ansässigen natürlichen Person, welche die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, ohne die französische Staatsangehörigkeit zu besitzen, bei der Veranlagung zur Solidaritätssteuer vom Vermögen, das außerhalb Frankreichs gelegene Vermögen, das ihr am 1. Januar jedes der fünf Kalenderjahre gehört, die auf das Jahr folgen, in dem sie in Frankreich ansässig geworden ist, nicht in die Steuerbemessungsgrundlage für jedes dieser fünf Jahre einbezogen.

Verliert die Person für mindestens drei Jahre die Eigenschaft einer in Frankreich ansässigen Person und wird sie darauf erneut in Frankreich ansässig, so wird das außerhalb Frankreichs gelegene Vermögen, das ihr am 1. Januar jedes der fünf Kalender-

frontière et qui travaillent dans les communes allemandes dont tout ou partie du territoire est situé à une distance de la frontière n'excédant pas 30 km.“

2. Le paragraphe (6) de l'article 13 de la Convention devient le paragraphe (8) et il est créé deux nouveaux paragraphes (6) et (7) ainsi rédigés:

«(6) Nonobstant les dispositions des paragraphes (1) à (4), les rémunérations qu'un salarié résident d'un Etat contractant reçoit au titre d'un emploi salarié exercé dans l'autre Etat contractant dans le cadre d'un contrat qu'il a conclu avec un professionnel du travail intérimaire sont imposables dans cet autre Etat. Ces rémunérations sont aussi imposables dans l'Etat dont le salarié est un résident. Selon leur droit interne, les Etats contractants peuvent exiger du loueur ou du preneur le paiement de l'impôt applicable à ces rémunérations ou les en tenir responsables.

(7) Au sens du présent article, l'expression «travail dépendant» inclut notamment les fonctions de direction ou de gérance exercées dans une société soumise à l'impôt sur les sociétés.»

Article 4

L'article 19 de la Convention est abrogé et remplacé par les dispositions suivantes:

«Article 19

(1) La fortune constituée par des biens immobiliers visés à l'article 3 que possède un résident d'un Etat contractant et qui sont situés dans l'autre Etat contractant est imposable dans cet autre Etat.

(2) La fortune constituée par des actions ou des parts dans une société ou une personne morale dont l'actif est principalement constitué d'immeubles situés dans un des Etats contractants ou de droits portant sur ces biens est imposable dans l'Etat contractant où ces biens immobiliers sont situés. Pour l'application de cette disposition, ne sont pas pris en considération les immeubles affectés par cette société ou cette personne morale à sa propre exploitation industrielle, commerciale, agricole ou à l'exercice d'une profession non commerciale.

(3) La fortune constituée par des biens mobiliers qui font partie de l'actif d'un établissement stable qu'une entreprise d'un Etat contractant a dans l'autre Etat contractant, ou par des biens mobiliers rattachés à une installation permanente dont un résident d'un Etat contractant dispose dans l'autre Etat contractant pour l'exercice d'une profession indépendante, est imposable dans cet autre Etat.

(4) La fortune constituée par des navires et des aéronefs exploités en trafic international, par des bateaux servant à la navigation intérieure ainsi que par des biens mobiliers affectés à leur exploitation n'est imposable que dans l'Etat contractant où le siège de direction effective de l'entreprise est situé.

(5) Tous les autres éléments de la fortune d'un résident d'un Etat contractant ne sont imposables que dans cet Etat.

(6) Nonobstant les dispositions des paragraphes précédents du présent article, pour l'imposition au titre de l'impôt de solidarité sur la fortune d'une personne physique résidente de France qui a la nationalité allemande sans avoir la nationalité française, les biens situés hors de France qu'elle possède au 1^{er} janvier de chacune des cinq années civiles suivant celle au cours de laquelle elle devient un résident de France n'entrent pas dans l'assiette de l'impôt afférent à chacune de ces cinq années.

Si cette personne perd la qualité de résident de France pour une durée au moins égale à trois ans, puis redevient un résident de France, les biens situés hors de France qu'elle possède au 1^{er} janvier de chacune des cinq années civiles suivant celle au

jahre gehört, die auf das Jahr folgen, in dem sie wieder in Frankreich ansässig geworden ist, nicht in die Steuerbemessungsgrundlage für jedes dieser fünf Jahre einbezogen.“

Artikel 5

1. Artikel 20 Absatz 1 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa und Buchstabe c des Abkommens mit Ausnahme des letzten Satzes werden aufgehoben und durch folgende Bestimmungen ersetzt:

„b) aa) Bei Dividenden ist Buchstabe a nur auf die Nettoeinkünfte anzuwenden, die den Dividenden entsprechen, die von einer in Frankreich ansässigen Kapitalgesellschaft an eine in der Bundesrepublik ansässige Kapitalgesellschaft gezahlt werden, der mindestens 10 vom Hundert des Gesellschaftskapitals der erstgenannten Gesellschaft gehören. Diese Bestimmung gilt auch für Beteiligungen, deren Dividenden unter den vorstehenden Satz fallen würden.“

„c) Die französische Steuer, die nach diesem Abkommen auf andere als die unter Buchstabe b fallenden Dividenden sowie auf die unter Artikel 11 und Artikel 13 Absatz 6 fallenden Einkünfte, die aus Frankreich stammen, erhoben werden, wird unter Beachtung der Vorschriften des deutschen Rechts über die Anrechnung ausländischer Steuern auf die deutsche Steuer angerechnet, die auf diese Einkünfte entfällt.“

2. Artikel 20 Absatz 2 des Abkommens wird aufgehoben und durch folgende Bestimmungen ersetzt:

„(2) Bei Personen, die in Frankreich ansässig sind, wird die Doppelbesteuerung wie folgt vermieden:

a) Gewinne und andere positive Einkünfte, die aus der Bundesrepublik stammen und die dort nach diesem Abkommen besteuert werden können, können auch in Frankreich besteuert werden, wenn sie einer in Frankreich ansässigen Person zufließen. Die deutsche Steuer ist für die Berechnung der in Frankreich steuerpflichtigen Einkünfte nicht abzugsfähig. Der Empfänger hat jedoch Anspruch auf einen Anrechnungsbetrag bei der französischen Steuer, in deren Bemessungsgrundlage diese Einkünfte enthalten sind. Dieser Steueranrechnungsbetrag entspricht

aa) bei den unter Artikel 9 Absatz 2 fallenden Einkünften einem Betrag, der dem Betrag der nach diesem Absatz in der Bundesrepublik gezahlten Steuer entspricht. Der etwaige Mehrbetrag wird dem Steuerpflichtigen nach dem im französischen Recht für die Steuergutschrift vorgesehenen Verfahren erstattet;

bb) bei den unter Artikel 9 Absätze 5 und 9, Artikel 11 Absatz 2 und Artikel 13 Absatz 6 fallenden Einkünften dem Betrag der nach diesen Artikeln in der Bundesrepublik gezahlten Steuer. Er darf jedoch den Betrag der auf diese Einkünfte entfallenden französischen Steuer nicht übersteigen;

cc) bei allen anderen Einkünften dem Betrag der diesen Einkünften entsprechenden französischen Steuer. Diese Bestimmung gilt insbesondere auch für die Einkünfte, die unter Artikel 3, Artikel 4 Absätze 1 und 3, Artikel 6 Absatz 1, Artikel 12 Absatz 1, Artikel 13 Absätze 1 und 2 und Artikel 14 fallen.

b) Optiert eine in Frankreich ansässige Gesellschaft für die Besteuerung der Gewinne unter Zugrundelegung der konsolidierten Konten, die insbesondere die Ergebnisse der in der Bundesrepublik ansässigen Tochtergesellschaften oder der in der Bundesrepublik gelegenen Betriebsstätten umfassen, so schließen die Bestimmungen des Abkommens die Anwendung der im französischen Recht im Rah-

cours de laquelle elle redevient un résident de France n'entrent pas dans l'assiette de l'impôt afférent à chacune de ces cinq années.“

Article 5

1. Au paragraphe (1) de l'article 20 de la Convention, les dispositions des alinéas b) aa) et c), à l'exception de la dernière phrase, sont abrogées et remplacées par les dispositions suivantes:

«b) aa) En ce qui concerne les dividendes, les dispositions de l'alinéa a) ne sont applicables qu'aux revenus nets correspondant aux dividendes versés par une société de capitaux qui est un résident de France à une société de capitaux qui est un résident de la République fédérale et qui détient au moins 10 % du capital social de la première société. Sont également soumises à cette règle les participations dont les dividendes tomberaient sous le coup de la phrase précédente.»

«c) L'impôt français perçu conformément à la présente Convention sur les dividendes autres que ceux visés à l'alinéa b) ci-dessus ainsi que sur les revenus visés à l'article 11 et à l'article 13, paragraphe (6), qui proviennent de France est imputé, sous réserve des dispositions de la législation allemande concernant l'imputation de l'impôt étranger, sur l'impôt allemand afférent à ces mêmes revenus.»

2. Le paragraphe (2) de l'article 20 de la Convention est abrogé et remplacé par les dispositions suivantes:

«(2) En ce qui concerne les résidents de France, la double imposition est évitée de la façon suivante:

a) Les bénéfices et autres revenus positifs qui proviennent de la République fédérale et qui y sont imposables conformément aux dispositions de la présente Convention sont également imposables en France lorsqu'ils reviennent à un résident de France. L'impôt allemand n'est pas déductible pour le calcul du revenu imposable en France. Mais le bénéficiaire a droit à un crédit d'impôt imputable sur l'impôt français dans la base duquel ces revenus sont compris. Ce crédit d'impôt est égal:

aa) pour les revenus visés à l'article 9, paragraphe (2), à un montant égal au montant de l'impôt payé en République fédérale, conformément aux dispositions de ce paragraphe. L'excédent éventuel est remboursé au contribuable selon les modalités prévues par la législation française en matière d'avoir fiscal;

bb) pour les revenus visés à l'article 9, paragraphes (5) et (9), à l'article 11, paragraphe (2), et à l'article 13, paragraphe (6), au montant de l'impôt payé en République fédérale, conformément aux dispositions de ces articles. Il ne peut toutefois excéder le montant de l'impôt français correspondant à ces revenus;

cc) pour tous les autres revenus, au montant de l'impôt français correspondant à ces revenus. Cette disposition est notamment également applicable aux revenus visés aux articles 3, 4, paragraphes (1) et (3), 6, paragraphe (1), 12, paragraphe (1), 13, paragraphes (1) et (2), et 14.

b) Lorsqu'une société qui est un résident de France opte pour le régime d'imposition des bénéfices d'après des comptes consolidés englobant notamment les résultats de filiales résidentes de la République fédérale ou d'établissements stables situés en République fédérale, les dispositions de la Convention ne font pas obstacle à l'application des dispositions prévues par la législation française, dans le

men dieser Regelung geltenden Vorschriften, zur Vermeidung der Doppelbesteuerung nicht aus.

- c) Das Vermögen, das nach Artikel 19 in der Bundesrepublik besteuert werden kann, kann auch in Frankreich besteuert werden. Die in der Bundesrepublik von diesem Vermögen erhobene Steuer verleiht den in Frankreich ansässigen Personen Anspruch auf eine Steueranrechnung in Höhe der in der Bundesrepublik erhobenen Steuer, wobei aber die Anrechnung den Betrag der auf dieses Vermögen entfallenden französischen Steuer nicht übersteigen darf. Angerechnet wird auf die Solidaritätssteuer vom Vermögen, in deren Bemessungsgrundlage das betreffende Vermögen enthalten ist.“

3. Artikel 20 des Abkommens wird wie folgt ergänzt:

„(3) Verwendet eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft aus Frankreich stammende Einkünfte zur Dividendenausschüttung, so schließt Absatz 1 die Herstellung der Ausschüttungsbelastung für die Körperschaftsteuer nach den Vorschriften des Steuerrechts der Bundesrepublik Deutschland nicht aus.“

Artikel 6

Artikel 21 des Abkommens wird durch einen Absatz 7 mit folgendem Wortlaut ergänzt:

„(7) a) Die Steuerbefreiungen und -ermäßigungen auf Schenkungen oder Erbschaften, die das Recht eines der Vertragsstaaten zugunsten dieses Staates, seiner Länder oder seiner Gebietskörperschaften vorsieht, gelten auch für juristische Personen gleicher Art des anderen Vertragsstaats.

b) Die Anstalten des öffentlichen Rechts, die gemeinnützigen Anstalten sowie die nicht auf Gewinnerzielung gerichteten Organe, Vereinigungen, Institutionen und Stiftungen, die in einem der Vertragsstaaten gegründet oder errichtet worden und auf religiösem, wissenschaftlichem, künstlerischem, kulturellem, erzieherischem oder mildtätigem Gebiet tätig sind, genießen im anderen Vertragsstaat unter den im Recht dieses Staates vorgesehenen Voraussetzungen die Befreiungen oder anderen Vergünstigungen bei den Steuern auf Schenkungen oder Erbschaften, die den in diesem anderen Staat gegründeten oder errichteten Rechtsträgern gleicher Art gewährt werden.

Diese Befreiungen oder anderen Vergünstigungen gelten jedoch nur, wenn diese Rechtsträger im erstgenannten Staat ähnliche Befreiungen oder Vergünstigungen genießen.“

Artikel 7

Nach Artikel 25 des Abkommens wird ein Artikel 25 a mit folgendem Wortlaut eingefügt:

„Artikel 25 a

(1) In den in Artikel 25 genannten Fällen können die zuständigen Behörden, wenn sie nicht innerhalb von 24 Monaten vom Tag des Eingangs des Antrags des oder der Steuerpflichtigen an gerechnet zu einer Verständigung kommen, vereinbaren, eine Schiedskommission anzurufen.

(2) Diese Kommission wird für jeden Einzelfall auf folgende Weise gebildet: jeder Vertragsstaat benennt ein Mitglied; die beiden Mitglieder benennen in gegenseitigem Einvernehmen einen Angehörigen eines dritten Staates, der zum Vorsitzenden ernannt wird. Alle Mitglieder müssen innerhalb von drei Monaten von dem Tag an gerechnet, an dem die zuständigen Behörden sich darauf geeinigt haben, den Fall der Schiedskommission zu unterbreiten, benannt werden.

(3) Werden die in Absatz 2 genannten Fristen nicht eingehalten, und wird keine andere Vereinbarung getroffen, so kann jeder

cadre de ce régime, pour l'élimination des doubles impositions.

- c) La fortune imposable en République fédérale en application de l'article 19 est également imposable en France. L'impôt perçu en République fédérale sur cette fortune ouvre droit, au profit des résidents de France, à un crédit d'impôt correspondant au montant de l'impôt perçu en République fédérale, mais qui ne peut excéder le montant de l'impôt français afférent à cette fortune. Ce crédit est imputable sur l'impôt de solidarité sur la fortune dans les bases d'imposition duquel la fortune en cause est comprise.“

3. L'article 20 de la Convention est complété comme suit:

«(3) Lorsqu'une société résident de la République fédérale d'Allemagne affecte des revenus provenant de France à des distributions de dividendes, les dispositions du paragraphe (1) ne font pas obstacle à la perception d'une imposition compensatoire sur les montants distribués, au titre de l'impôt sur les sociétés, conformément aux dispositions de la législation fiscale de la République fédérale d'Allemagne.»

Article 6

L'article 21 de la Convention est complété par un paragraphe (7) ainsi rédigé:

«(7) a) Les exemptions et réductions d'impôts sur les donations ou sur les successions prévues par la législation d'un des Etats contractants au profit de cet Etat, de ses Länder ou collectivités locales (dans le cas de la République fédérale d'Allemagne) ou de ses collectivités territoriales (dans le cas de la France) sont applicables aux personnes morales de même nature de l'autre Etat contractant.

b) Les établissements publics, les établissements d'utilité publique ainsi que les organismes, associations, institutions et fondations à but désintéressé créés ou organisés dans l'un des Etats contractants et exerçant leur activité dans le domaine religieux, scientifique, artistique, culturel, éducatif ou charitable bénéficient dans l'autre Etat contractant, dans les conditions prévues par la législation de celui-ci, des exonérations ou autres avantages accordés, en matière d'impôts sur les donations ou sur les successions, aux entités de même nature créées ou organisées dans cet autre Etat.

Toutefois, ces exonérations ou autres avantages ne sont applicables que si ces entités bénéficient d'exonérations ou avantages analogues dans le premier Etat.»

Article 7

Après l'article 25 de la Convention, il est créé un article 25 a ainsi rédigé:

«Article 25 a

(1) Dans les cas visés à l'article 25, si les autorités compétentes ne parviennent pas à un accord amiable dans un délai de 24 mois décompté à partir du jour de réception de la demande du ou des contribuables concernés, elles peuvent convenir de recourir à une commission d'arbitrage.

(2) Cette commission est constituée pour chaque cas particulier de la manière suivante: chaque Etat contractant désigne un membre, et les deux membres désignent, d'un commun accord, un ressortissant d'un Etat tiers qui est nommé président. Tous les membres doivent être nommés dans un délai de 3 mois à compter de la date à laquelle les autorités compétentes se sont entendues pour soumettre le cas à la commission d'arbitrage.

(3) Si les délais mentionnés au paragraphe (2) ne sont pas respectés, et à défaut d'un autre arrangement, chaque Etat

Vertragsstaat den Generalsekretär des Ständigen Schiedsgerichtshofs ersuchen, die erforderlichen Benennungen vorzunehmen.

(4) Die Schiedskommission entscheidet nach den Grundsätzen des Völkerrechts und insbesondere nach den Bestimmungen dieses Abkommens. Sie setzt selbst ihr Verfahren fest. Der Steuerpflichtige hat das Recht, von der Kommission gehört zu werden oder schriftliche Anträge einzureichen.

(5) Die Entscheidungen der Schiedskommission werden mit Stimmenmehrheit der Mitglieder gefaßt und sind verbindlich. Die Abwesenheit oder Stimmenthaltung eines der von den Vertragsstaaten benannten beiden Mitglieder hindert die Kommission nicht, eine Entscheidung zu treffen. Bei Stimmengleichheit ist die Stimme des Vorsitzenden ausschlaggebend.“

Artikel 8

Nach Artikel 25 a des Abkommens wird ein Artikel 25 b mit folgendem Wortlaut eingefügt:

„Artikel 25 b

(1) Werden in einem Vertragsstaat die Steuern von Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren oder sonstigen von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person bezogenen Einkünften im Abzugsweg (an der Quelle) erhoben, so wird das Recht des erstgenannten Staates zur Vornahme des Steuerabzugs zu dem nach seinem innerstaatlichen Recht vorgesehenen Satz durch dieses Abkommen nicht berührt. Die im Abzugsweg (an der Quelle) erhobene Steuer ist jedoch auf Antrag des Steuerpflichtigen zu erstatten, wenn und soweit sie durch das Abkommen ermäßigt wird oder entfällt. Der Empfänger kann jedoch die unmittelbare Anwendung des Abkommens im Zeitpunkt der Zahlung beantragen, wenn das innerstaatliche Recht des betreffenden Staates dies zuläßt.

(2) Die Anträge auf Erstattung müssen vor dem Ende des vierten auf das Kalenderjahr der Zahlung der Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren oder anderen Einkünfte folgenden Jahres eingereicht werden.

(3) Die Steuerpflichtigen müssen jedem nach Absatz 1 eingereichten Antrag eine Wohnsitzbestätigung von den Steuerbehörden des Vertragsstaats beifügen, in dem sie ansässig sind.

(4) Eine Einrichtung für die kollektive Anlage in Wertpapieren (O.P.C.V.M.), die in einem Vertragsstaat liegt, in dem sie keiner der in Artikel 1 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe c oder Absatz 2 Nummer 2 Buchstabe b genannten Steuern unterliegt, und die aus Quellen im anderen Vertragsstaat stammende Dividenden oder Zinsen bezieht, kann die Steuerermäßigungen oder -befreiungen oder anderen im Abkommen vorgesehenen Vergünstigungen für den Teil dieser Einkünfte global beantragen, der den Rechten entspricht, die im erstgenannten Staat ansässige Personen an der Einrichtung (O.P.C.V.M.) halten.

(5) Die zuständigen Behörden können in gegenseitigem Einvernehmen die Durchführung dieses Artikels regeln und gegebenenfalls andere Verfahren zur Durchführung der im Abkommen vorgesehenen Steuerermäßigungen oder -befreiungen festlegen.“

Artikel 9

Dieses Zusatzabkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Französischen Republik innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Zusatzabkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 10

1. Die Vertragsparteien notifizieren einander, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Zusatzabkommens erfüllt sind.

contractant peut inviter le secrétaire général de la cour permanente d'arbitrage à procéder aux désignations requises.

(4) La commission d'arbitrage décide selon les règles du droit international et en particulier selon les dispositions de la présente Convention. Elle règle elle-même sa procédure. Le contribuable a le droit d'être entendu par la commission ou de déposer des conclusions écrites.

(5) Les décisions de la commission d'arbitrage sont prises à la majorité des voix de ses membres et ont force obligatoire. L'absence ou l'abstention d'un des deux membres désignés par les Etats contractants n'empêchent pas la commission de statuer. En cas de partage égal des voix, la voix du président est prépondérante.»

Article 8

Après l'article 25 a de la Convention, il est créé un article 25 b ainsi rédigé:

«Article 25 b

(1) Lorsque dans un Etat contractant les dividendes, les intérêts, les redevances ou tout autre revenu, perçus par un résident de l'autre Etat contractant, sont imposés par voie de retenue à la source, les dispositions de la présente Convention n'affectent pas le droit, pour le premier Etat, d'appliquer la retenue au taux prévu par sa législation interne. Cette retenue doit être remboursée, à la demande de l'intéressé, si et dans la mesure où elle est réduite ou supprimée par la Convention. Toutefois, le bénéficiaire peut demander l'application directe, au moment du paiement, des dispositions de la Convention lorsque la législation interne de l'Etat concerné le permet.

(2) Les demandes de remboursement doivent être présentées avant la fin de la quatrième année civile suivant celle au cours de laquelle les dividendes, intérêts, redevances ou autres revenus ont été payés.

(3) Les contribuables doivent joindre à toute demande présentée conformément aux dispositions du paragraphe (1) une attestation de résidence certifiée par les services fiscaux de l'Etat contractant dont ils sont des résidents.

(4) Un organisme de placement collectif en valeurs mobilières (O.P.C.V.M.) situé dans un Etat contractant où il n'est pas assujéti à un impôt visé à l'article 1^{er}, paragraphe (2) 1. c) ou paragraphe (2) 2. b), qui perçoit des dividendes ou des intérêts ayant leur source dans l'autre Etat contractant, peut demander globalement les réductions, exonérations d'impôt ou autres avantages prévus par la Convention pour la fraction de ces revenus correspondant aux droits détenus dans l'O.P.C.V.M. par des résidents du premier Etat.

(5) Les autorités compétentes peuvent, d'un commun accord, préciser les modalités d'application du présent article et définir, le cas échéant, d'autres procédures relatives aux réductions ou exonérations d'impôt prévues par la Convention.»

Article 9

Le présent Avenant s'applique également au Land de Berlin, sauf déclaration contraire faite par le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne au Gouvernement de la République française dans les trois mois qui suivent son entrée en vigueur.

Article 10

1. Chacune des parties contractantes notifiera à l'autre l'accomplissement des procédures requises en ce qui la concerne pour la mise en vigueur du présent Avenant.

- | | |
|--|--|
| <p>2. Dieses Zusatzabkommen tritt am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in dem die letzte Notifikation eingegangen ist.</p> <p>3. Die Bestimmungen dieses Zusatzabkommens sind erstmals anzuwenden:</p> <p>a) im Fall der im Abzugsweg (an der Quelle) erhobenen Steuern von Dividenden auf die Beträge, die ab 1. Januar 1990 gezahlt werden;</p> <p>b) im Fall der anderen Steuern vom Einkommen auf Einkünfte, die während des Kalenderjahrs 1990 oder während des mit dem 1. Januar 1990 beginnenden Rechnungsjahrs erzielt werden;</p> <p>c) im Fall der Vermögensteuern auf das Vermögen, das am 1. Januar 1990 gehalten wird.</p> | <p>2. Cet Avenant entrera en vigueur le premier jour du mois suivant le mois de réception de la dernière notification.</p> <p>3. Les dispositions de cet Avenant s'appliqueront pour la première fois:</p> <p>a) en ce qui concerne les impôts perçus par voie de retenue à la source sur les dividendes, aux sommes mises en paiement à compter du 1^{er} janvier 1990;</p> <p>b) en ce qui concerne les autres impôts sur le revenu, aux revenus réalisés pendant l'année civile 1990 ou l'exercice comptable ouvert à compter du 1^{er} janvier 1990;</p> <p>c) en ce qui concerne les impôts sur la fortune, à la fortune possédée au 1^{er} janvier 1990.</p> |
|--|--|

Artikel 11

1. Dieses Zusatzabkommen bleibt so lange in Kraft, wie das Abkommen anzuwenden ist.
2. Die zuständigen Behörden der beiden Vertragsparteien sind berechtigt, nach Inkrafttreten dieses Zusatzabkommens den Wortlaut des Abkommens in der durch das Zusatzabkommen geänderten Fassung zu veröffentlichen.

Article 11

1. Le présent Avenant restera en vigueur aussi longtemps que la Convention sera applicable.
2. Les autorités compétentes des deux parties contractantes sont habilitées, après l'entrée en vigueur du présent Avenant, à publier le texte de la Convention tel que modifié par l'Avenant.

Geschehen zu Bonn am 28. September 1989 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Fait en double exemplaire à Bonn, le 28 septembre 1989, en langues allemande et française, chaque version faisant également foi.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Pour le Gouvernement de
la République fédérale d'Allemagne
Lautenschlager
Klemm

Für die Regierung der Französischen Republik
Pour le Gouvernement de la République française
Boidevaix

Denkschrift zum Zusatzabkommen

I. Anlaß und Zweck des Zusatzabkommens

Zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich besteht ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung vom 21. Juli 1959. Es wurde durch das Revisionsprotokoll vom 9. Juni 1969 geändert, um insbesondere der französischen Steuerreform Rechnung zu tragen. Mit dem Protokoll wurde erstmals deutschen Aktionären die Gutschrift französischer Körperschaftsteuer (avoir fiscal) gewährt.

Das Abkommen hat sich insgesamt bewährt, ist jedoch in wichtigen Teilbereichen an die veränderten Verhältnisse anzupassen. So ist eine Anpassung an die deutsche Körperschaftsteuer-Tarifreform durch das Steuerreformgesetz 1990 geboten. Die Verbesserung der verkehrstechnischen Möglichkeiten sowie die wirtschaftliche Entwicklung im deutsch-französischen Grenzraum haben zu einer immer größeren Zahl von Pendlern (Grenzgänger) insbesondere aus Frankreich geführt. Die derzeit noch geltende Grenzzone von 20 km beiderseits der Grenze ist nicht mehr als zeitgemäß anzusehen. Sie ist an die geänderten Verhältnisse sowie die Regelungen in den Doppelbesteuerungsabkommen mit anderen an die Bundesrepublik Deutschland angrenzenden Staaten durch eine Erweiterung der Zone anzupassen.

II. Zu den einzelnen Artikeln des Zusatzabkommens

Zu Artikel 1

Die im Katalog der französischen Steuern aufgeführte „Sondersteuer vom Mehrwert von Anleihen“ ist aufgehoben. Sie wurde daher gestrichen. Inzwischen ist in Frankreich eine sog. „Solidaritätsteuer vom Vermögen“ eingeführt worden. Diese der deutschen Vermögensteuer vergleichbare Abgabe wird in den Geltungsbereich des Abkommens einbezogen. Die deutsche Vermögensteuer gehörte schon bisher zu den Steuern im Sinne des Abkommens.

Zu Artikel 2

Dieser Artikel paßt das Abkommen an die Körperschaftsteuer-Tarifänderung 1990 an. Der Bundesregierung erschien es vertretbar, die Kapitalertragsteuer auf Ausschüttungen an ausländische Muttergesellschaften im Rahmen von Doppelbesteuerungsabkommen auf 5 v. H. zu senken. Für die Jahre 1990 und 1991 ist ein Zwischensatz von 10 v. H. vorgesehen.

Eine ausführliche Begründung zur Senkung der deutschen Kapitalertragsteuer enthält die Denkschrift zum Abkommen mit den Vereinigten Staaten von Amerika vom 29. August 1989 unter den Ausführungen zu Artikel 10.

Zur Zeit kann die Bundesrepublik Deutschland bei Ausschüttungen an französische Muttergesellschaften noch eine Kapitalertragsteuer in Höhe von 25 v. H. erheben. Frankreich verzichtet schon im geltenden Abkommen bei Dividendenzahlungen französischer Tochtergesellschaften an ihre deutschen Muttergesellschaften auf eine Kapitalertragsteuer. Bei Ausschüttungen an Streubesitzer bleibt es bei dem schon bisher geltenden Kapitalertragsteuersatz von 15 v. H.

Die Mindestbeteiligungsquote, ab der die Kapitalertragsteuersätze für Ausschüttungen an Muttergesellschaften gelten, wird einheitlich auf 10 v. H. gesenkt. Dies entspricht dem jeweiligen innerstaatlichen Recht der beiden Vertragsstaaten.

Der Dividendenbegriff wird der Rechtsentwicklung in beiden Staaten angepaßt. Zu den Dividenden gehören in der Bundesrepublik Deutschland – wie schon bisher – auch Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter. Nunmehr ist klargestellt, daß auch Einkünfte aus partiarischen Darlehen oder Gewinnobligationen und ähnliche gewinnabhängige Vergütungen zu den Dividenden im Sinne des Abkommens gehören.

Durch Nummer 2 wird sichergestellt, daß die Einkünfte aus Rechten oder Anteilen mit Gewinnbeteiligung (einschließlich der Einkünfte des stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter und der Einkünfte aus partiarischen Darlehen und Gewinnobligationen), die bei der Ermittlung des Gewinns des Schuldners abzugsfähig sind, nach dem Recht des Staates, aus dem sie stammen, besteuert werden können. Auf deutscher Seite wird damit der gegenwärtige Kapitalertragsteuersatz von 25 v. H. anwendbar. Die Neuregelung geht davon aus, daß derartige Einkünfte wirtschaftlich den Dividenden vergleichbar sind. Da sie nach gegenwärtigem deutschem Steuerrecht aber bei der Ermittlung des Gesellschaftsgewinns abzugsfähig sind, führen sie auf der Ebene der Gesellschaft zu keiner Gewinnbesteuerung. Durch die Neuregelung wird eine angemessene Mindestbesteuerung in Höhe von 25 v. H. der gezahlten Vergütungen gewährleistet. Die Regelung entspricht im übrigen den Bestimmungen in allen anderen neuen deutschen Abkommen.

Zu Artikel 3

Dieser Artikel regelt die Besteuerung von Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit in Teilbereichen neu.

Durch Nummer 1 wird der Wortlaut des Artikels 13 Abs. 4 des Abkommens an das OECD-Musterabkommen 1977 angepaßt, um Besteuerungslücken zu schließen.

Gleichzeitig wird der Artikel 13 Abs. 5 des Abkommens geändert. Er enthält eine Sonderregelung für die sog. „Grenzgänger“. Nach der gegenwärtigen Regelung werden Arbeitnehmer, die in dem einen Staat in der Grenzzone arbeiten und in dem anderen Staat in der Grenzzone wohnen und die täglich an ihren Wohnort zurückkehren, nur im Wohnsitzstaat besteuert. Die Zone beträgt beiderseits der Grenze jeweils 20 km. Im Hinblick auf die Entwicklung der Verkehrsverhältnisse und die erhöhte Mobilität der Arbeitnehmer sind Verbesserungen durch die Erweiterung der Grenzzonen für die französischen Grenzgänger vorgesehen. Die „Wohnzone“ in Frankreich wird auf die drei französischen Grenzdepartements Haut-Rhin, Bas-Rhin und Moselle, die „Arbeitszone“ in der Bundesrepublik Deutschland auf 30 km längs der gemeinsamen Grenze ausgedehnt. Dadurch erhöht sich die Zahl der französischen Grenzgänger im Sinne der Regelung von z. Z. ca. 28 000 um ca. 2 000.

Für die deutschen Grenzgänger (ca. 1 000 Personen) soll es bei den bisherigen Zonen von 20 km beiderseits der Grenze bleiben. Insoweit würde eine Ausdehnung wegen der höheren deutschen Besteuerung zu einer Verschlechterung für die neu in die Grenzzone fallenden Arbeitnehmer führen.

Die deutsche Seite machte während der Verhandlungen zu dem Zusatzabkommen geltend, daß die Erweiterung der „Arbeitszone“ auf 30 km zu Verwerfungen auf dem deutschen Arbeitsmarkt führen könnte. Sie behielt sich vor, die Auswirkungen der neuen „Arbeitszone“ auf den deutschen Arbeitsmarkt sorgfältig zu beobachten und sich daraus möglicherweise ergebende Folgen bei der geplanten Gesamtrevision des Abkommens zur Sprache zu bringen. Dieser deutsche Vorbehalt ist in einem Briefwechsel zwischen den Leitern der beiden Verhandlungsdelegationen besonders erwähnt.

Ausführlich erörtert wurde auch die Frage eines Fiskalausgleichs für das dem Tätigkeitsstaat entgehende Steueraufkommen durch die ausschließliche Besteuerung im Wohnsitzstaat. Beide Seiten hielten einen solchen Ausgleich grundsätzlich für geboten. In Anbetracht der noch nicht abzusehenden Entwicklung der Arbeitnehmerbesteuerung im EG-Raum kamen die Verhandlungsdelegationen überein, die Frage des Fiskalausgleichs zunächst bis zur Gesamtrevision des Abkommens zurückzustellen. Dies ist im erwähnten Briefwechsel ebenfalls festgehalten.

In diesem Zusammenhang ist auch die Frage der Ausdehnung der Grenzgängerregelung auf die im öffentlichen Dienst Beschäftigten angesprochen worden. Die Bundesregierung wird sich bemühen, eine befriedigende Lösung für die Betroffenen in absehbarer Zeit zu erreichen, wobei auch die Möglichkeit einer baldigen Abkommensänderung in Betracht gezogen wird. Hierzu sind insbesondere die Vorschläge abzuwarten, die im Rahmen der Erörterungen über den geplanten Bericht der Bundesregierung an den Deutschen Bundestag zur Neuordnung der beschränkten Steuerpflicht vorgelegt werden.

Durch Nummer 2 werden dem Artikel 13 des Abkommens zwei weitere Absätze hinzugefügt. Nach dem neuen Absatz 6 können Leiharbeiternehmer mit den ihnen gezahlten Arbeitsvergütungen sowohl im Tätigkeitsstaat als auch im Wohnsitzstaat besteuert werden. Die Steuer des Tätigkeitsstaats wird zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf die Steuer des Wohnsitzstaats angerechnet. Sofern diese Arbeitnehmer die Voraussetzungen für die Grenzgängereigenschaft erfüllen, gilt auch für sie vorrangig die Grenzgängerregelung.

Im innerstaatlichen französischen Recht haben sich in der Vergangenheit durch die Rechtsprechung Unsicherheiten ergeben, ob die Gehälter von Geschäftsführern zu den Einkünften aus nichtselbstständiger Arbeit gehören. Der neue Absatz 7 des Abkommens stellt nunmehr klar, daß es sich bei der Tätigkeit als Geschäftsführer um „unselbstständige Arbeit“ i. S. des Artikels 13 handelt.

Zu Artikel 4

Durch diesen Artikel wird die Besteuerung des Vermögens in Artikel 19 des Abkommens neu geregelt.

Nach den Absätzen 1 und 3 des Artikels 19 dürfen unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 3 des Abkommens und das bewegliche Vermögen, das zu einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung gehört, im

Belegenheitsstaat besteuert werden. Dies gilt nach Absatz 2 auch für Aktien oder Anteile an Gesellschaften oder juristischen Personen, deren Betriebsvermögen im wesentlichen aus unbeweglichem Vermögen besteht.

Seeschiffe und Luftfahrzeuge im internationalen Verkehr sowie Schiffe der Binnenschifffahrt und das diesen dienende bewegliche Vermögen können nach Absatz 4 des Abkommens nur im Staat der Geschäftsleitung des Unternehmens besteuert werden.

Alle anderen Vermögensteile dürfen nach Absatz 5 nur im Wohnsitzstaat besteuert werden.

Absatz 6 enthält eine Übergangsregelung für in Frankreich ansässige deutsche Staatsangehörige hinsichtlich außerhalb Frankreichs gelegenen Vermögens.

Zu Artikel 5

Die Doppelbesteuerung wird in beiden Staaten – wie schon bisher – teilweise durch Freistellung von der Steuer unter Progressionsvorbehalt, teilweise durch Anrechnung der entsprechenden ausländischen Steuer vermieden.

Die Freistellung von Schachteldividenden bereits bei einer Mindestbeteiligung von 10 v. H. – entsprechend der schon bisher aufgrund des § 26 Abs. 7 KStG nach innerstaatlichem Recht geltenden Regelung – wird nunmehr auch im Abkommen selbst festgeschrieben. Dabei besteht Einverständnis darüber, daß zu den begünstigten „Kapitalgesellschaften“ alle eine entsprechende Beteiligung haltenden Körperschaften, Personenvereinigungen oder Vermögensmassen gehören. Dies gilt, entsprechend einer deutsch-französischen Verständigungsvereinbarung aus dem Jahr 1970, auch für Dividenden, die von einem wesentlich beteiligten Bankinstitut bezogen werden, das als Körperschaft des öffentlichen Rechts organisiert ist.

Auf französischen Wunsch wurde in Artikel 20 Abs. 2 Buchstabe b des Abkommens eine Bestimmung aufgenommen, die die Regelungen der in Frankreich auf Antrag zulässigen konsolidierten Konzernbesteuerung unberührt läßt.

Der neue Absatz 3 des Artikels 20 des Abkommens stellt klar, daß die in Absatz 1 enthaltenen Bestimmungen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung in der Bundesrepublik Deutschland die Herstellung der Ausschüttungsbelastung für die Körperschaftsteuer nach den entsprechenden deutschen Vorschriften nicht ausschließt.

Zu Artikel 6

Artikel 21 des Abkommens wird um einen neuen Absatz 7 ergänzt. Nach Buchstabe a werden Steuerbefreiungen und -ermäßigungen auf Schenkungen oder Erbschaften, die das Recht eines der Staaten für den Staat selbst oder seine Gebietskörperschaften vorsieht, auch für juristische Personen gleicher Art des anderen Staates gewährt.

Nach Buchstabe b werden allen gemeinnützigen Organisationen des einen Vertragsstaats die Befreiungen und Vergünstigungen im anderen Staat gewährt, die den dort ansässigen vergleichbaren Rechtsträgern gewährt werden.

Zu Artikel 7

Das Abkommen wird um einen neuen Artikel 25a ergänzt. Der Artikel sieht bei Meinungsverschiedenheiten über die

Abkommensanwendung und -auslegung nach Scheitern des Verständigungsverfahrens ein besonderes Schiedsverfahren vor. Hierzu kann eine Schiedskommission angerufen werden, deren Entscheidung für beide Seiten verbindlich ist.

Zu Artikel 8

Der neu in das Abkommen eingefügte Artikel 25b regelt das Verfahren zur Entlastung von Abzugsteuern neu. Absatz 4 trifft eine besondere Regelung für Kapitalanlagegesellschaften. Sie sind sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch in Frankreich „transparent“ und damit nicht selbst abkommensberechtigt. Nach der neuen Bestimmung können die im Abkommen vorgesehenen Entlastungen von den Gesellschaften global für den Teil ihrer Einkünfte beantragt werden, der den Rechten entspricht, die im Sitzstaat der Gesellschaft ansässigen Personen gehören.

Zu Artikel 9

Dieser Artikel enthält die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 10

Dieser Artikel regelt die Notifikation und den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Zusatzabkommens. Nach seinem Inkrafttreten sollen die neuen Regelungen ab 1. Januar 1990 anzuwenden sein.

Zu Artikel 11

Dieser Artikel bestimmt, daß das Zusatzabkommen so lange in Kraft bleibt, wie das bestehende Abkommen anzuwenden ist. Die Finanzministerien beider Staaten sind berechtigt, das Abkommen in der durch das Zusatzabkommen geänderten Fassung zu veröffentlichen.